

Vernetzung und Kooperation

beschäftigungsorientierter

Genossenschaften

in Berlin



Ein Projekt des
NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation
Berlin-Brandenburg e.V.
im Rahmen des Agenda 21-Leitprojekts
"Beschäftigungsorientierte Genossenschaften"



gefördert durch
IZT-Projektagentur
"Zukunftsfähiges Berlin"
aus Mitteln der Stiftung
Deutsche Klassenlotterie Berlin

Juni 2005 bis Juni 2006

INHALT

1. Einleitung	3
2. Ausgangsüberlegungen	4
2.1. Genossenschaftliche Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen	4
2.2. Die eingetragene Genossenschaft: eG	5
3. Projektdurchführung	6
3.1. Vernetzung	6
3.2. Berliner Genossenschaftstag	7
3.3. Genossenschafts-Portal im Internet	8
3.4. Beratungsangebote	9
4. Resumee und Ausblick	9
4.1. Unterstützungsbedarfe	10
4.2. Selbsthilfe	11
4.3. Genossenschaftliche Kultur	11
Anlagen	12
1. netz aktuell, Februar 2006.....	12
2. Thesen zum ersten Vernetzungstreffen	12
3. Erstes gemeinsames Selbstverständnis	12
4. Einladung zum Infotag.....	12
5. Einladungs-Flyer Genossenschafts-Infotag 30.03.06.....	12
6. Einladung Folgetreffen 12.05.06	12
7. Pressemitteilung zum Infotag.....	12
8. Dokumentation für Mitglieder (Internet-Portal)	12
9. Pressemitteilung zum Genossenschafts-Portal	12
10. Diskussions-Papier Netzwerk Selbsthilfe.....	12
11. GutesGeldaktuell, Kurzinfo Frühjahr 2006 der OekoGeno eG.....	12

NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.

Postfach 62 05 53, 10795 Berlin

Fon: 030 - 216 91 05, Fax: 030 - 78 71 76 97

elisabeth.voss@netz-bb.de, www.netz-bb.de

1. Einleitung

Seit Juni 2005 führt das **NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.** (Anlage 1: netz aktuell, Mitgliederrundbrief Februar 2006) das Projekt "Vernetzung und Kooperation beschäftigungsorientierter Genossenschaften in Berlin" durch. Es entstand aus dem Fachforum Zukunft der Arbeit der lokalen Agenda 21 und wird gefördert durch die IZT-Projektagentur "Zukunftsfähiges Berlin" aus Mitteln der Stiftung deutsche Klassenlotterie.

Ziel des Projekts ist die öffentliche Präsentation sowie Förderung und Unterstützung bestehender und entstehender beschäftigungsorientierter Genossenschaften und genossenschaftlicher Gründungsinitiativen.

Dieses Ziel soll erreicht werden durch:

- Aufbau einer Vernetzungs- und Kooperationsstruktur für beschäftigungsorientierte Genossenschaften und Gründungsinitiativen in Berlin, die dem Leitprojekt des Fachforum Zukunft der Arbeit angehören¹.
- Gemeinsame Außendarstellung/Ansprechbarkeit und Bereitstellung eines gemeinsamen Informationsangebots im Internet, zu dem alle dem Leitprojekt angehörenden Genossenschaften und Gründungsinitiativen beitragen.
- Einbeziehung weiterer Genossenschaften und Gründungsinitiativen ins Leitprojekt.
- Untersuchung des möglichen Beitrags beschäftigungsorientierter Genossenschaften zur praktischen Umsetzung des im Fachforum erarbeiteten Leitbilds der nachhaltigen Mischarbeit.
- Das Vorleben und öffentliche Verbreiten der Idee der (genossenschaftlichen) Kooperation (entgegen der aktuellen Tendenz zur Konkurrenz).

Das Vorhaben versteht sich als Beitrag zum Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen im Sinne der Leitbilder und Handlungsziele der Agenda 21 in Berlin.

Bei der Projektagentur wurden drei Module beantragt:

Website

Ein Content-Management-System erlaubt es den beteiligten Genossenschaften und Gründungsinitiativen, jederzeit in eigener Verantwortung Inhalte einzustellen, die sofort öffentlich zu sehen sind, sowohl zu ihrem eigenen Projekt, als auch wichtige Erfahrungen, Informationen und Termine zu veröffentlichen. Darüber hinaus dient ein interner, zugangsgeschützter Bereich dem Austausch untereinander.

Studie

Studie zum Thema "Welchen Beitrag können beschäftigungsorientierte Genossenschaften leisten auf dem Weg zur praktischen Umsetzung des Leitbilds 'Mischarbeit', wie es vom Fachforum Zukunft der Arbeit entwickelt wurde?" (Arbeitstitel).

Berliner Informationstag Genossenschaften

Dort wird vor einer breiten Öffentlichkeit die Studie präsentiert, und es stellen sich Genossenschaften und Gründungsinitiativen vor. Die Veranstaltung wird als Print und auch auf der Website dokumentiert.

¹ Dies waren zum Zeitpunkt der Antragstellung:

- Stadtteilgenossenschaft Schöneberg in Vorbereitung
- berlin-trans-fair Genossenschaft zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit eG
- inno-netz eG i.Gr.
- Schüler- und Jugendgenossenschaft(en) Prenzlauer Berg
- Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen eG

Die Projektagentur bewilligte die Module 1 und 3, zusätzlich sollen Beratungsangebote geschaffen werden. Für die Studie werden weiterhin Fördermittel gesucht.

Aufgrund der umfangreichen Aufgabenstellungen wurde die Projektdauer verlängert bis Ende Juni 2006, es wird jedoch schon jetzt zum Stand des Projekts berichtet.

2. Ausgangsüberlegungen

Schon immer waren verschiedenste Formen der Tätigkeit für die Menschen lebensnotwendig. Im **Fachforum Zukunft der Arbeit** wurde dies auf den Begriff der **Mischarbeit** gebracht, mit ihren Bestandteilen Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit. Die große gesellschaftliche Aufgabe zur nachhaltigen Gestaltung von Arbeit besteht nun darin, diese verschiedenen notwendigen Arbeitsformen und die Menschen, die diese Arbeiten tun, in jeder (auch finanzieller) Hinsicht anzuerkennen. Eine funktionierende lokale Ökonomie muß alle Bereiche der Arbeit im Sinne des Mischarbeits-Konzepts einbeziehen.

Ein solches gesellschaftliches Konzept kann sicher nicht von kleineren Einheiten (in diesem Fall genossenschaftlichen Unternehmungen) direkt umgesetzt werden, dafür bedarf es etlicher gesellschaftlich bereit zu stellender Rahmenbedingungen. Aber schon die selbstverwalteten Betriebe der letzten 20 bis 30 Jahre hätten ohne Mischarbeit in verschiedensten Formen nicht funktionieren können. Heute wird es immer schwieriger, in nennenswertem Umfang Arbeitsplätze zu schaffen, auch Genossenschaften sind da kein Allheilmittel. Wenn man mehr will als selbstverwaltete Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor, dann stellt sich die Frage, wie Genossenschaften die vielfältigen Lebens- und Arbeitsrealitäten ihrer Mitglieder in ihre Tätigkeiten einbeziehen und trotzdem - oder gerade deshalb - eine nachhaltig wirtschaftliche Tragfähigkeit erreichen können.

Die Genossenschaften im Leitprojekt Zukunft der Arbeit machen die Erfahrung, dass der Genossenschaftsgedanke in Berlin eine weite Verbreitung und großes Interesse gefunden hat. Die Anfragen nach Informationen und kollegialer Beratung nehmen zu, und können langsam als ein eigener Aufgabenbereich bestehender Genossenschaften und Gründungsinitiativen betrachtet werden. Immer mehr Erwerbslose oder von Erwerbslosigkeit Bedrohte suchen für sich nach Alternativen zu (meist aussichtslosen) Bewerbungen oder individueller Selbstständigkeit (z.B. als Ich-AG), nach dem Motto: Gemeinsam mehr erreichen. Das Projekt soll diese Menschen darin unterstützen, gemeinsam mit anderen genossenschaftliche Perspektiven zu entwickeln.

2.1. Genossenschaftliche Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen

Es geht hier um genossenschaftliche Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen. Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine mögliche Form für Unternehmen wirtschaftlicher Selbsthilfe, die demokratisch geführt werden und an denen die Mitglieder auf unterschiedlichste Weise wirtschaftlich beteiligt sind². Aber auch eine GmbH, ein Verein oder eine GbR kann genossenschaftlich ausgestaltet werden. I.d.R. sind die Beschäftigten gleichzeitig EigentümerInnen des Unternehmens.

Genossenschaftliche Unternehmungen stellen einen Teilbereich sozialer oder solidarischer Ökonomie³ dar. Sie sind keine arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, das würde sie (ebenso wie jede andere Form eines Unternehmens) überfordern. Sie können jedoch als Organisationen wirtschaftlicher Selbsthilfe für die an ihnen Beteiligten einen Beitrag leisten zu ökonomischer und sozialer Integration, indem sie Arbeitsplätze und Einkommen schaffen.

Darüber hinaus können genossenschaftliche Unternehmen eine geeignete Möglichkeit der nutzenorientierten, lokalen Bewirtschaftung von Ressourcen der Daseinsvorsorge sein, als Alternative zum

² Der Internationale Genossenschaftsbund hat in einer Stellungnahme zur genossenschaftlichen Identität sieben Grundsätze formuliert, auf deutsch unter: <http://www.genossenschaftsgruendung.de/grundsaeetze.htm>

³ Definition "social economy" der EU-Kommission:
<http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/coop/>

Verkauf bisher öffentlich bewirtschafteter Ressourcen an ausschließlich gewinnorientierte (transnationale) Investoren. Es muss aber in jedem Einzelfall beurteilt werden, ob nicht diese Aufgaben besser und sicherer in staatlicher Hand aufgehoben sind. Genossenschaften sind kein Allheilmittel zur Lösung der mit der Daseinsvorsorge verbundenen Probleme.

Wirtschaftliche Selbsthilfe ist auch keine Alternative zu individueller sozialstaatlicher Absicherung. Menschen die andere als die gewohnten Wege (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder individuelle Selbstständigkeit) gehen, brauchen - ebenso wie alle anderen - tragfähige ökonomische und soziale Absicherungen. Und nicht jedeR ist bereit oder in der Lage zu wirtschaftlicher Selbsthilfe. Die Entscheidung für ein genossenschaftliches Unternehmen kann nur freiwillig erfolgen⁴.

Genossenschaftliche Unternehmungen sind keine neue Form von Beschäftigungsgesellschaften. Sie dürfen nicht mißbraucht werden als Einflugschneise oder Akzeptanz schaffende Modelle für deregulierte Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne oder entsolidarisierende Förderinstrumente wie z.B. Kombilohn⁵.

2.2. Die eingetragene Genossenschaft: eG

Genossenschaften können heute als eine geeignete Rechtsform für Selbsthilfe angesehen werden. Eine Genossenschaft ist eine Art Wirtschaftsverein. Während Vereine in Deutschland in erster Linie auf ideelle Tätigkeiten festgelegt sind, unabhängig davon, ob sie gemeinnützig sind oder nicht (eine Zulassung als Wirtschaftsverein ist fast unmöglich), zeichnen sich Genossenschaften dadurch aus, dass sie wirtschaftlich tätig sind, also einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten.

Für die Gründung einer Genossenschaft sind mindestens sieben Mitglieder erforderlich (wie bei einem Verein auch)⁶, dies können Personen oder Organisationen sein. Die Gründung einer Genossenschaft erfordert - im Unterschied zu einer GmbH oder AG - kein Mindestkapital. In einer Genossenschaft zählt nicht das Kapital (Shareholder value), sondern der Mensch: Entscheidungen werden (i.d.R., in Ausnahmefällen sind Abweichungen möglich) getroffen nach Köpfen (one man/ woman, one vote), nicht nach Anzahl der eingezahlten Anteile.

⁴ Freiwilligkeit ist ein Grundsatz von Genossenschaften, vgl. Anmerkung 2.

⁵ Während Unternehmensgewinne weiterhin steigen, befinden sich Löhne und Gehälter im Sinkflug. Symbolisch dafür stehen die MAEs (1 oder 1,50-Euro-Jobs), die eine Bedrohung darstellen sowohl für ArbeiterInnen und Angestellte, als auch für Selbstständige. Daher können MAEs kein Mittel zur Förderung genossenschaftlicher Unternehmungen sein. Wenn jedoch Menschen freiwillig und in eigener Regie diese Stellen nutzen wollen als Starthilfe, um daraus selbstorganisierte Arbeitsplätze zu schaffen, sollten sie ihnen nicht verwehrt werden.

Zum Unterschied zwischen Lohnkostenzuschuss und Kombilohn:

Lohnkostenzuschüsse sind öffentlich finanzierte Fördermittel, die von der Arbeitsagentur (i.d.R. als "Eingliederungszuschüsse") an Unternehmen gezahlt werden, für die Einstellung von (Langzeit-) Arbeitslosen. Es wird ein Arbeitsentgelt zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn vereinbart, das für eine begrenzte Zeit bezuschusst wird. Dadurch sinkt die finanzielle Belastung des Unternehmens für die Dauer der Förderung. Nach Ende der Förderungsdauer besteht der Arbeitsvertrag fort.

Im Unterschied dazu wird bei Kombilöhnen (in der Vergangenheit vielfach praktiziert, z.B. als "Mainzer Modell") ein niedrigeres Arbeitsentgelt vereinbart. Die öffentlich finanzierten Fördermittel werden, ebenfalls zeitlich begrenzt, an den/die ArbeitnehmerIn ausgezahlt. Die finanzielle Belastung des Unternehmens sinkt auf Dauer, da nach Ende der Förderung das geringere Arbeitsentgelt weiter gezahlt wird. Leidtragende sind in diesem Fall die Beschäftigten, die nach Ende der Förderung zum Niedriglohn arbeiten müssen.

Während also Lohnkostenzuschüsse der Schaffung tariflich oder ortsüblich entlohnter Arbeitsplätze dienen, werden durch Kombilöhne schleichend Niedriglöhne eingeführt. Das hat Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt: die Frage der Entlohnung wird individualisiert und der kollektiven, solidarischen Aushandlung durch Gewerkschaften entzogen, tarifliche Bindungen werden damit ausgehöhlt.

⁶ Das Genossenschaftsgesetz wird gerade überarbeitet, und es kann davon ausgegangen werden, dass zukünftig eine Genossenschaftsgründung bereits ab 3 Mitgliedern möglich ist.

Oberstes Entscheidungsorgan einer Genossenschaft ist die Mitgliederversammlung. Die Geschäftsführung obliegt dem Vorstand, der vom Aufsichtsrat kontrolliert wird (es dürfen nur Personen als Vorstände oder Aufsichtsräte tätig sein, keine Organisationen). Neben diesen drei Pflichtorganen einer Genossenschaft können weitere Organe in der Satzung vorgeschrieben werden (bei der taz z.B. die Belegerversammlung).

Ziel einer Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder, dies ist im Genossenschaftsgesetz festgeschrieben. Neben Leistungen der Genossenschaft für ihre Mitglieder besteht die Möglichkeit der Rückvergütung am Jahresende, je nach Geschäftsergebnis. Im Verlustfall können die Anteile an einer Genossenschaft abgewertet werden, es handelt sich also um haftendes Eigenkapital.

Es besteht die Pflicht zur Mitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband (der selbst keine Genossenschaft ist, sondern ein eingetragener Verein), was zwar nicht unerhebliche Prüfungsgebühren mit sich bringt, aber auch eine gewisse Sicherheit durch die laufende Prüfung und Beratung der wirtschaftlichen Tätigkeit mit dem Ziel, die Einlagen der Mitglieder zu schützen.

3. Projektdurchführung

Zur Vorbereitung wurde versucht, einen möglichst breiten Überblick über die bestehende Landschaft genossenschaftlicher Unternehmungen in Berlin herzustellen. Trotz des bestehenden Adressenbestands beim NETZ gestaltete sich schon dieser erste Schritt als schwierig. Eine Übersicht eingetragener Genossenschaften, die wir zusätzlich erhielten, erwies sich als lückenhaft und teilweise veraltet. Genossenschaftliche Unternehmungen in anderen Rechtsformen konnten in erster Linie aus dem Spektrum der Alternativszene und aus in den letzten Jahren neu gegründeten Unternehmungen zusammengestellt werden.

Relativ viele Hausprojekte (Wohnen, Gewerbe, Kultur, Soziales) wurden ausfindig gemacht, die als wichtiger Bestandteil beschäftigungsorientierter genossenschaftlicher Unternehmungen betrachtet werden. Denn ein Dach über dem Kopf ist hierzulande unabdingbar für jede Form der Beschäftigung, und wo es Immobilien gibt, ist auch Arbeit zu tun, nicht nur zu ihrer Erstellung oder Sanierung, sondern auch zum Betrieb und Erhalt. Wir haben uns also ganz bewusst nicht auf Produktions- und Dienstleistungsunternehmungen reduziert.

Die Recherche hat deutlich gemacht, dass der genossenschaftliche Sektor in Berlin noch viel zu wenig erforscht ist. Es gibt keine einheitliche Definition, welche Unternehmungen dazu gezählt werden können. Mangels zuverlässiger Daten ist eine quantitative Aussage zur Anzahl dieser Unternehmungen und der in ihnen Beschäftigten nicht möglich, ebenso wenig wie zu den Branchen und Tätigkeitsfeldern, oder gar zu Umsätzen und Gewinnmargen. Auch qualitative Aussagen zu organisatorischen Funktionsweisen dieser Unternehmungen und zur Art und Weise des Arbeitens in ihnen, zu ihrer Geschäftspolitik, ihren Leitbildern und Qualitätsmerkmalen sind nicht umfassend möglich, sondern bislang nur anhand einzelner Beispiele.

3.1. Vernetzung

Am Vernetzungsprozeß beteiligten sich von Anfang an mit großer Kontinuität eine Reihe von Organisationen. Als "harter Kern" kristallisierten sich - neben dem NETZ als Koordinator - acht Gruppen heraus:

- Arbeitskreis zukunftsfähiges Wirtschaften der Lokalen Agenda 21 Pankow
- Brotfabrik
- Bürgersteig
- Gewerbehof Saarbrücker Straße
- inno-netz
- Paula-Verbund mit BEST und Technet

- Regenbogenfabrik +
- ServiceInfoTreff Wirtschaft & Arbeit.

VerteterInnen weiterer Gruppen nahmen sporadisch teil.

Von den zum Zeitpunkt der Antragstellung Beteiligten war die Stadtteilgenossenschaft Wedding punktuell einbezogen (mehr war aufgrund von deren Arbeitsbelastung nicht möglich), die Stadtteilgenossenschaft Schöneberg ebenso (sie hat im Moment mehr mit sich selbst zu tun, war aber durch Elisabeth Voß kontinuierlich dabei), die Kinder- und Jugendgenossenschaften Prenzlauer Berg sind noch nicht aus dem Vorbereitungsstadium heraus (waren aber durch Dieter Burmeister von inno-netz mit vertreten), nur zur berlin-trans-fair eG ist seit dem Ausscheiden von Nori Möding aus der Unternehmensleitung der Kontakt verloren gegangen.

Die Treffen fanden reihum in den Räumen der beteiligten Gruppen statt, was den gegenseitigen Kennenlern-Prozess begünstigte. Nach vielen vorbereitenden Gesprächen wurde zum ersten Treffen am 05.11.05 eingeladen unter der Themenstellung: "Erfahrungsaustausch: Probleme in selbstorganisierten Projekten" (Thesen dazu: siehe Anlage 2). Auf dem zweiten Treffen am 16.12.05 wurde ein erstes gemeinsames Selbstverständnis erarbeitet (siehe Anlage 3).

Auf den weiteren Terminen wurde der Berliner Genossenschafts-Infotag (Arbeitstitel) vorbereitet. Neben einer Reihe von thematischen Kleingruppen zur Vorbereitung der Arbeitsgruppen auf dem Infotag fanden von Januar bis März 2006 fünf Gesamt-Koordinationsitzungen statt.

Es war bald klar, dass der Infotag nicht das Ende der Zusammenarbeit, sondern den Auftakt für eine breitere Vernetzung und Kooperation Berliner genossenschaftlicher und sozialer Unternehmungen darstellt.

3.2. Berliner Genossenschaftstag

Dank des Engagements der VertreterInnen der Pankower Gruppen konnte die Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung des Bezirks Pankow, Almuth-Nehring-Venus als Schirmfrau gewonnen werden, und stellte das Rathaus Pankow als Veranstaltungsort kostenlos zur Verfügung.



Begrüßung durch Almuth Nehring-Venus und Elisabeth Voß. Foto: N. Thömen

Die Ganztagsveranstaltung "**Genossenschaften - selbstverwaltete Betriebe und Projekte - soziale Unternehmen: Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin**" fand am 30.03.06 von 09:00 bis 17:00 statt. Es kamen etwa 150 TeilnehmerInnen. Neben dem inhaltlichen Programm gab es eine Projektmesse, an der sich 23 ausstellende Organisationen beteiligten (Einladung: siehe Anlage 4: eMail und 5: Flyer). Die Veranstaltung wurde eröffnet durch Almuth Nehring-Venus und Elisabeth Voß.

Das Programm begann mit einem Grußwort von Heiko Glawe vom DGB Bezirk Berlin-Brandenburg. Anschließend hielt Eckart Hildebrandt vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), der das Fachforum Zukunft der Arbeit moderiert, den Vortrag "Nachhaltige Arbeit in genossenschaftlichen Strukturen".

Der entstehende Vernetzungszusammenhang Berliner Unternehmungen und Initiativen wurde vorgestellt durch Anette Schill von der Kreuzberger Regenbogenfabrik, die gerade ihr 25-jähriges Jubiläum gefeiert hatte. Dann präsentierte die Programmiererin und Webmasterin des NETZ, Angelika Rosenzweig, das neue Internet-Portal www.genossenschaften-in-berlin.de (s.u.).

Nachdem Günther Lorenz von Technet seinen Vortrag "Soziale Unternehmen in Berlin - Situation und Potentiale" gehalten hatte, stellten sich kurz die Arbeitsgruppen vor.

Auf dem Abschlußpodium nachmittags präsentierten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse, und es wurden die Folgetermine 12.05.06 für alle BesucherInnen des Infotags (Anlage 6: Einladung) und 17.05.06 für die AG Hausprojekte angesagt.

Eine Befragung der TeilnehmerInnen ergab - bei einem Rücklauf von 32 Fragebögen - dass die Themen und ihre Bearbeitung überwiegend gute bis sehr gute Beurteilungen bekamen, die Projektmesse wurde überwiegend als interessant beurteilt, und die Stimmung überwiegend für gut bis sehr gut befunden. Die besten Noten bekam die Organisation, was sowohl auf die gute Zusammenarbeit mit dem Bezirk, als auch auf den Einsatz unserer MitarbeiterInnen und HelferInnen zurück zu führen ist.

Trotz intensiver Öffentlichkeits- und Pressearbeit im Vorfeld (Pressemitteilung: Anlage 7) war die Medienresonanz leider viel zu gering. Immerhin waren Offener Kanal und ein privates Filmteam auf der Veranstaltung, und machten Interviews. Für zukünftige Aktivitäten gibt es hier die Notwendigkeit der Verbesserung.

Die Dokumentation der Veranstaltung wird im Laufe des Mai 2006 ins Internet gestellt, sobald die Vortragskripte und Protokolle aus den Arbeitsgruppen vorliegen.



Nachmittags-Podium, Foto: N. Thömen

3.3. Genossenschafts-Portal im Internet

Für das Internet-Portal www.genossenschaften-in-berlin.de entschieden wir uns nach Prüfung mehrerer Angebote für eine auf unseren Bedarf zugeschnittene Programmierung in PHP, mit einer dahinter liegenden Datenbank. Eine Anpassung fertiger cms⁷-Module erschien einerseits zu aufwändig, andererseits hätten sie nicht die Möglichkeiten geboten, die wir für unsere Zwecke benötigen.



Projektmesse

Foto: E. Voß

Es gibt nun die Möglichkeit, mit drei unterschiedlichen Zugängen - Admin, Mitglied, Gast - und jeweils unterschiedlichen Rechten, mittels BenutzerInnenname und Passwort Inhalte in eine Datenbank auf der Website einzustellen, die dann sofort im Internet sichtbar sind. Das erspart einen laufenden Pflegeaufwand, macht aber eine sorgfältige Verwaltung der angemeldeten BenutzerInnen erforderlich, schon aus medienrechtlichen Gründen. Einen Zugang erhalten nur Personen, die mit ihren persönlichen Daten beim NETZ erfasst wurden.

Der ursprünglich vorgesehene Bereich für interne Diskussionen wurde mangels Bedarf noch nicht eingerichtet. Die Praxis in anderen Zusammenhängen hat gezeigt, dass Mailinglisten eher dafür geeignet sind. Der Provider JP-Berlin stellt solche Listen kostenlos zur Verfügung.

Die Anzahl der möglichen Zugänge ist unbegrenzt. Alle BenutzerInnen können Informationen zu ihrer eigenen Unternehmung oder Gründungsinitiative eingeben, mit Zuordnung von Tätigkeitsfeld, Bezirk und Rechtsform. Mitglieder (existierende Betriebe und Projekte) können darüber hinaus eigene inhaltliche Information, Termine und Link-Empfehlungen eingeben. Ein Admin kann darüber hinaus die Seitentexte und das Navigationsmenü verändern. Für jede BenutzerInnengruppe wird eine eigene Dokumentation nach dem Login zur Verfügung gestellt (Anlage 8: Dokumentation für Mitglieder).

⁷ cms = content management system

Es wurden bisher 13 Mitglieds-Zugänge und 1 Testzugang vergeben. Davon haben bisher 10 Unternehmungen Daten eingegeben, überwiegend nur zu sich selbst. Die Informationen und Links stammen noch überwiegend vom NETZ (Elisabeth Voß). Die nach dem Infotag erwartete große Nachfrage nach Passwörtern blieb bisher aus. Wir gehen jedoch davon aus, dass mit einem Wachsen des Vernetzungszusammenhangs auch das Interesse an der Nutzung des Portals zunehmen wird. Eine Pressemitteilung (Anlage 9) soll das neue Internet-Angebot bekannt machen. Der Name soll erweitert werden, um auch genossenschaftliche Unternehmungen in anderen Rechtsformen gezielt anzusprechen, von "Genossenschaften in Berlin" in "Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen in Berlin", mit unterschiedlichen Domains, die auf die Seite verweisen.

Admin sind bisher nur Elisabeth Voß und Angelika Rosenzweig. Die Gründung einer Online-Redaktion zur Vergabe von Zugangsrechten und ggf. zur verbindlichen Versorgung der Website mit Inhalten (über die eher zufälligen Eingaben der Mitglieder hinaus) steht noch aus.

3.4. Beratungsangebote

Ein wirklicher Aufbau von Beratungsangeboten war im Rahmen dieses Projekts mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu bewerkstelligen. Durch die Verlängerung der Projektlaufzeit und die Einbeziehung umfangreichen ehrenamtlichen Engagements soll jedoch in der verbleibenden Zeit ein Teil der Fördermittel als Anfangsfinanzierung für eine zu schaffende Stelle in einer soeben initiierten Anlaufstelle für Selbstverwaltung und Kooperation eingesetzt werden. Als Partner konnte **Netzwerk Selbsthilfe** gewonnen werden (Diskussionspapier Anlage 10). In den Netzwerk-Räumen im Kreuzberger Mehringhof wird gemeinsam mit unserer im Rahmen des EQUAL-Projekts **innova - Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften** 2005 gegründeten Beratungs- und Service-Genossenschaft **NETZ Kompetenzzentrum für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg eG i.G.** ein Ort geschaffen, an dem ratsuchende genossenschaftliche Unternehmungen und Gründungsinitiativen entweder direkt beraten oder an kompetente Einrichtungen und ExpertInnen verwiesen werden können.

Für dieses Beratungsangebot wird derzeit ein Förderantrag für Mittel aus dem Programm "Stelle statt Stütze" gestellt, parallel dazu sollen auch bei der Arbeitsagentur direkt Eingliederungszuschüsse beantragt werden. Perspektivisch wird die Anlaufstelle sich aus einer Mischung aus Beratungsaufträgen, Bildungsangeboten und eigenen Projekten selbst tragen. Für das erste Jahr sind die über die erhoffte Förderung hinausgehenden Mittel bereits relativ sicher vorhanden.

Mit dem weiteren Partner **OekoGeno eG** (Genossenschaft mit Sitz in Freiburg, die früher die Ökobank betrieben hat - Anlage 11: Mitgliederrundbrief "GutesGeldaktuell" Frühjahr 2006), deren Geschäftstätigkeit in Berlin durch Elisabeth Voß aufgebaut wird, sollen gezielt Angebote zur Gründung von Genossenschaften entwickelt werden, in denen aus einer Hand Bildung, Beratung und Finanzierung zur Verfügung gestellt werden können.

4. Resumee und Ausblick

Bereits das heute Erreichte kann als Erfolg gewertet werden. Auch wenn der Kreis der bisher an der Vernetzung Beteiligten noch klein ist, konnten mit dem Infotag viele Gruppen erreicht werden. Damit ist ein wichtiger Schritt getan hin zu einem größeren Bekanntheitsgrad, der sich schon jetzt in einigen Nachfragen ausgedrückt hat. Wir rechnen damit, dass nach den Osterferien und im Laufe der nächsten Treffen v.a. die Beratungsanfragen zunehmen werden.

Es wurde auch in diesem Projekt wieder deutlich, dass Vernetzungs- und Kooperationsprozesse Zeit brauchen. Wenn mehr entstehen soll als eine einmalige Aktion oder Veranstaltung, ist eine kontinuierliche Koordination im Sinne eines Netzwerk-Management erforderlich. Allein die formale Seite wie Pflege der Kontaktdaten und unterschiedlichen Verteiler, Beschickung mit aktuellen Informationen, Einladung und Organisation von Versammlungen etc. braucht viel Zeit. Die inhaltliche Entwicklung und Moderation der Vernetzungsprozesse, sowie die Pflege bestehender und Schaffung neuer Kooperationen ebenfalls.

Auch im Rahmen dieses geförderten Projekts war es nicht möglich, alle notwendigen Arbeiten zu bezahlen. Ehrenamtliches Engagement war notwendig und wurde von allen Beteiligten eingebracht. Ein ausgewogenes Verhältnis von bürgerschaftlicher Selbsthilfe und fördermittelfinanzierten Leistungen wird auch zukünftig ein wichtiger Erfolgsfaktor der Vernetzung sein.

4.1. Unterstützungsbedarfe

Welche Unterstützungen seitens der öffentlichen Hand erforderlich sind, um eine genossenschaftliche, soziale Ökonomie in unterschiedlichen Rechtsformen zu befördern, wird die Kerngruppe in den nächsten Wochen anhand der Ergebnisse der Arbeitsgruppen des Infotages und bereits vorliegenden Erkenntnissen einiger Organisationen des Zusammenhangs (insbesondere NETZ und Technet) herausarbeiten. Ein Gespräch mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und dem DGB zur Konkretisierung ist bereits abgesprochen, aber noch nicht terminiert.

Erste Eckpunkte seien bereits an dieser Stelle genannt:

Verbesserung der Kenntnisse über den Sektor dieser genossenschaftlichen, sozialen Ökonomie in Berlin durch:

- eine quantitative Erhebung zu Umfang und Art des Sektors der genossenschaftlichen Ökonomie in Berlin,
- eine qualitative Studie zu den Besonderheiten des Wirtschaftens und Arbeitens in diesen genossenschaftlichen Unternehmungen.

Aufbau unterstützender Strukturen:

Erforderlich sind lokale Anlaufstellen mit Informationsangeboten und kompetenter Beratung und Begleitung für wirtschaftliche Selbsthilfe. Neben der Bereitstellung der notwendigen materiellen Ressourcen für solche Anlaufstellen ist auch die Ausbildung von Personal für diese Einrichtungen erforderlich.

Bereitstellung von Ressourcen:

Wirtschaftliche Selbsthilfe braucht - wie andere Unternehmungen auch - vielfältige Ressourcen, um auf Dauer ökonomisch tragfähig zu sein. Diese müssen zumindest teilweise aus eigener Kraft aufgebracht werden (Selbsthilfe), jedoch reichen die Mittel von Menschen mit Benachteiligung i.d.R. dafür nicht aus. Fremdhilfe, auch (aber nicht ausschließlich) durch die öffentlich Hand ist notwendig. Dafür sind nicht unbedingt gesonderte Instrumente für genossenschaftliche Unternehmungen erforderlich, sondern es würde oft ausreichen, bestehende Wirtschafts- oder Arbeitsförderinstrumente auch für genossenschaftliche Unternehmungen zugänglich zu machen, und darin auch spezifische Angebote für diese Art von Unternehmungen zuzulassen.

Wichtige Ressourcen sind:

- Personal: Lohnkostenzuschüsse für die Beschäftigung von Menschen mit Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, auch wenn diese am Unternehmen beteiligt sind.
- Wissen: Förderung der Inanspruchnahme von Beratung und Fortbildung für Akteure wirtschaftlicher Selbsthilfe, z.B. durch Zuschüsse zu Kursgebühren und Lohnkosten während der Dauer einer Fortbildung.
- Investitionen: Förderung der (Anfangs-) Investitionen von Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe in Form von Naturalien (kostenlose oder kostengünstige Bereitstellung von Gebäuden, Ausstattung und Gerätschaften) und finanziellen Mitteln für Investitionen (Zuschüsse oder Darlehen).

Vergabe öffentlicher Aufträge:

Die Vergabe öffentlicher Aufträge kann (zumindest bei kleineren Aufträgen) verbunden werden mit sozialen oder ökologischen Anforderungen an die ausführenden Unternehmen, z.B. in Bezug auf Par-

tization in der Unternehmensführung, Gewinnverwendung, Arbeits- und Umweltschutz. Genossenschaftliche Unternehmungen, die nachweislich diese Kriterien erfüllen, hätten dann bessere Konkurrenzbedingungen, ohne dass eine Bevorzugung bestimmter Unternehmensformen notwendig wäre.

4.2. Selbsthilfe

Wirtschaftliche Selbsthilfe braucht, nicht nur in den Mikrostrukturen - den einzelnen Unternehmungen und Initiativen - sondern auch in den Makrostrukturen der Vernetzungs- und Kooperationszusammenhänge, eigenständige Beiträge der Akteure, die aus eigenen Ressourcen aufgebracht werden müssen. Da es sich i.d.R. um Akteure mit eher bescheidenen finanziellen Mitteln handelt, sind hier in erster Linie Zeit-Ressourcen gefragt.

Das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement darf jedoch nicht über längere Zeit überfordert werden in dem Sinne, dass Menschen in prekären Lebenssituationen dauerhaft unbezahlt im Einsatz sind. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Tätigkeiten mit Dienstleistungscharakter wie z.B. Organisationsarbeiten, Gestaltung von Öffentlichkeitsmaterial oder Programmierung von Websites nicht "für lau" erwartet werden. Es handelt sich i.d.R. um qualitativ hochwertige Arbeiten, die aber meist unsichtbar bleiben (auch wenn die Resultate sichtbar sind), d.h. die Menschen, die diese Leistungen erbringen, werden häufig nicht als Personen wahrgenommen. Darum müssen diese Arbeiten bezahlt werden.

Inhaltliche und kreative Leistungen, die aus sich selbst heraus "Ruhm und Ehre"⁸ bringen, können eher als Ehrenamt (im wahrsten Sinne des Wortes) durchgeführt werden. Aber auch hier sind Grenzen gesetzt, insbesondere Grenzen der menschlichen Belastbarkeit. Auch Kreative und Intellektuelle sind zunehmend gezwungen, unter eher prekären Umständen zu arbeiten (wenn auch auf höherem Niveau als DienstleisterInnen oder gar ArbeiterInnen).

Nachhaltige Mischarbeit in selbstorganisierten Strukturen braucht - so lange es keine bedingungslose Grundsicherung in ausreichender Höhe gibt - existenzsichernde Erwerbsarbeit, die als Teilzeit noch Raum für anderes lässt, so dass Freiräume entstehen für bürgerschaftliches Engagement und andere Arbeitsformen.

Das Projekt hat gezeigt, dass ein Selbsthilfepotential durchaus vorhanden ist. Allerdings ist eine zunehmende Arbeitsüberlastung bei den AkteurInnen der genossenschaftlichen und sozialen Ökonomie zu beobachten. Diese steht in deutlichem Widerspruch zur Gründungsmotivation vieler Gruppen, die ein "besseres Leben" wollten, das u.a. durch sinnvolle Arbeit unter guten Bedingungen gekennzeichnet sein sollte.

4.3. Genossenschaftliche Kultur

Die Party zum Genossenschafts-Infotag, die abends mit Life-Musik in der Regenbogenfabrik stattfand, war leider nur schlecht besucht. War der Ort zu weit entfernt vom Rathaus Pankow? Oder waren die Akteure und BesucherInnen einfach zu erschöpft von dem langen Tag? Von einer ausgeglichenen "work-life-balance" sind wir heute in der Regel weit entfernt. Aber wir stehen ja erst am Beginn der Zusammenarbeit, und auf Dauer wird die Vernetzung nur funktionieren, wenn sie einerseits praktische Ergebnisse und einen konkreten Nutzen für die beteiligten Unternehmungen bringt, und wenn sich andererseits die AkteurInnen in diesem Zusammenhang auch wohl fühlen. Denn letztlich vernetzen sich nie Organisationen, sondern Menschen.

⁸ "honour" bedeutet "Ehre", nicht "Honorar" (als Geldleistung)

Anlagen

1. netz aktuell, Februar 2006
2. Thesen zum ersten Vernetzungstreffen
3. Erstes gemeinsames Selbstverständnis
4. Einladung zum Infotag
5. Einladungs-Flyer Genossenschafts-Infotag 30.03.06
6. Einladung Folgetreffen 12.05.06
7. Pressemitteilung zum Infotag
8. Dokumentation für Mitglieder (Internet-Portal)
9. Pressemitteilung zum Genossenschafts-Portal
10. Diskussions-Papier Netzwerk Selbsthilfe
11. GutesGeld*aktuell*, Kurzinfo Frühjahr 2006 der OekoGeno eG